

DIE AGENDA DER „ISRAELKRITIKER“

ALEX FEUERHERDT – VORTRAG IN MOERS, 8. JUNI 2011

Zum Einstieg

Zu Beginn möchte ich eine Art Preisfrage stellen, wobei es leider nichts zu gewinnen gibt – außer einer vielleicht überraschenden Erkenntnis oder gar Einsicht. Die Frage lautet, von welchem Land die Rede ist.

In diesem Land, das sehr klein ist und im Nahen Osten liegt, werden Palästinenser derart diskriminiert, dass man glatt von einer Art Apartheid sprechen könnte. Seit Jahrzehnten werden sie in diesem am östlichen Mittelmeer gelegenen Staat in Flüchtlingslagern eingepfercht; ihnen werden die Staatsbürgerschaft und alle damit zusammenhängenden Rechte verwehrt. Die dort lebenden Palästinenser konnten bis vor kurzem zahlreiche Berufe nicht ausüben, und noch immer können sie kein Land erwerben und sich nicht selbstständig machen; außerdem werden sie von nicht geringen Teilen der Bevölkerung regelrecht verachtet. Es herrscht bittere Armut unter ihnen. Die Armee dieses Staates rückt immer wieder in die Lager ein und geht dort mit brutaler Härte gegen deren Bewohner vor. Ende 2007 beispielsweise wurde ein solches Flüchtlingslager im Norden des Landes fast vollständig zerstört; 30.000 Menschen mussten in benachbarte Viertel fliehen, mehrere hundert wurden getötet. In den deutschen Medien war von diesen Menschenrechtsverletzungen jedoch kaum etwas zu lesen; ohnehin erfährt man nur selten etwas über die Lage der Palästinenser in diesem Staat.

Um welches Land also handelt es sich? Nein, es ist nicht Israel, sondern vielmehr der Libanon, und bei dem erwähnten Flüchtlingslager handelt es sich um Naher al-Barid. Die libanesische Armee zerstörte es vor rund dreieinhalb Jahren, nachdem sich dort die Terrororganisation Fatah al-Islam breit gemacht hatte, unter anderem mit Attentaten auf libanesische Christen in Verbindung gebracht wurde und die Scharia in allen Palästinenserlagern durchsetzen wollte.

Sollten Sie das noch nicht gewusst haben, dann könnte das daran liegen, dass die Grausamkeit eines Krieges oder Konflikts offenbar nicht das ausschlaggebende Kriterium dafür ist, wie stark man sich für ihn interessiert und welche Präsenz er in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung beansprucht. Es muss demnach andere Gründe geben, warum dem

– vermeintlichen oder tatsächlichen – Unrecht, das den Palästinensern durch Israel widerfährt, so viel Aufmerksamkeit gewidmet wird, während kaum bekannt ist, welches Unrecht den Palästinensern im Libanon angetan wird. Und es muss andere Gründe geben, warum Israel im Gegensatz zum Libanon hierzulande von einer deutlichen Mehrheit nicht nur scharf kritisiert, sondern geradezu an den Pranger gestellt wird. Belege gefällig?

Eine Umfrage der EU-Kommission aus dem Jahr 2003 ergab, dass 65 Prozent der Deutschen Israel für „die größte Gefahr für den Weltfrieden“ halten. Ein Jahr später meinten 51,2 Prozent in einer Erhebung: „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“ Gar 68,3 Prozent waren der Meinung, Israel führe „einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser“. Und im Sommer 2007 fand die BBC heraus, dass sich 77 Prozent der Deutschen eindeutig negativ gegenüber Israel positionieren. Auf ähnlich hohe Werte kamen nur die Befragten im Libanon und in Ägypten.

Gleichzeitig wird unablässig die Ansicht vertreten, man könne in Deutschland keine Kritik am jüdischen Staat üben, ohne sogleich von der „Antisemitismuskeule“ getroffen zu werden. Ich könnte an dieser Stelle allerdings ungezählte Beispiele aus Medienberichten, Internetforen, Websites, Leserbriefen und Zuschaueranrufen während Diskussionssendungen zitieren, die das exakte Gegenteil belegen. Außerdem: Haben deutsche Außenminister etwa jemals eine Gelegenheit ausgelassen, bei ihren Nahostreisen die israelische Siedlungspolitik zu geißeln? War es nicht die Bundesrepublik Deutschland, die im Februar dieses Jahres einem von mehreren arabischen Staaten in den UN-Sicherheitsrat eingebrachten Resolutionsentwurf zustimmte, in dem Israel scharf verurteilt wurde und dessen Verabschiedung nur daran scheiterte, dass die USA ihr Veto einlegten? Und war es nicht der Deutsche Bundestag, der Israel im Juli 2010 einstimmig aufgefordert hat, die Blockade des Gazastreifens aufzuheben (dazu später mehr)? Woher also kommt diese eigenartige Realitätsverschiebung der sogenannten Israelkritiker? Was treibt sie an? Und wie geht der klassische so genannte Israelkritiker vor, worauf beruft er sich?

Zum Repertoire eines jeden „Israelkritikers“ gehört jedenfalls die unumstößliche Gewissheit, dass die Israelis an den Palästinensern Kriegsverbrechen begehen, ihnen das Wasser klauen und ihr Land besetzt halten. Das scheint so unbestreitbar, so sonnenklar, dass nur ein Narr oder ein Mitglied der allseits gefürchteten „Israel-Lobby“ diese vermeintlichen Tatsachen in Zweifel ziehen kann. Dabei gibt es für solche Zweifel beste Gründe, wie ich nun an drei

ausgewählten Beispielen der jüngeren Vergangenheit zeigen möchte. Diese Beispiele drehen sich erstens um die „Free-Gaza“-Flotte, zweitens um eine Expertise von Amnesty International zur israelischen Wasserpolitik und drittens um die Frage der israelischen Siedlungen.

Die Agenda der „Israelkritiker“ (I): Die „Free Gaza“-Flotte

Wer am Morgen des 31. Mai 2010 – also vor ziemlich genau einem Jahr – die Internetseiten deutscher Tageszeitungen aufrief, bekam als Topnachricht eine nahezu einmütige, mit markigen Worten ausgesprochene Verurteilung des jüdischen Staates serviert: „Blutiger Angriff Israels auf Gaza-Hilfsflotte“ (*Spiegel Online*), „Israel schockt den Nahen Osten“ (*Süddeutsche Zeitung*), „Angriff Israels auf Solifahrt für Gaza“ (*taz*) oder „Israel ohne Maß“ (*FAZ*) lauteten die Schlagzeilen. Auf die nationale Hysterie um den Sieg einer 19-jährigen deutschen Schülerin im europäischen Schlagerwettbewerb war die lautstarke Erregung über jenes Land gefolgt, das es nicht nur gewagt hatte, der Hannoveraner Abiturientin keinen einzigen Punkt für ihre gesangliche Darbietung in Oslo zu geben, sondern das nun auch noch ein neun Todesopfer und zahlreiche Schwerverletzte forderndes „Blutbad“ (*FAZ*, *taz*, *junge Welt* und andere) unter vermeintlich arglosen Menschenrechtsaktivisten angerichtet zu haben schien – die doch allesamt nichts anderes vorgehabt haben wollen, als mit insgesamt sechs Schiffen humanitäre Hilfsgüter in den von Israel blockierten Gazastreifen zu bringen. Dem medialen Schuldspruch gegen Israel – der wie stets bei diesem Beschuldigten sofort und ohne Anhörung des Angeklagten zustande gekommen war – folgte unverzüglich der *politische*: Ein „Ende der Blockade des Gazastreifens“ forderte die Bundeskanzlerin, darin also einig mit den Organisatoren und Teilnehmern der „Free Gaza“-Flotte; Außenminister Guido Westerwelle verlangte eine „internationale Untersuchung“ des Vorfalls, und Linken-Fraktionschef Gregor Gysi echauffierte sich: „Ohne im Einzelnen beurteilen zu können, was bei der Besetzung geschah, ist es niemals und durch nichts zu rechtfertigen und deshalb verbrecherisch, dass einseitig das Feuer eröffnet wird und friedliche Menschen getötet oder verletzt werden.“

Die israelischen Behörden nahmen die rund 700 Passagiere der aufgebrachten Schiffe zunächst in Gewahrsam und schoben sie nach kurzer Zeit in ihre jeweiligen Herkunftsländer ab. Wieder zu Hause, erfüllten die deutschen Mitglieder der „Friedensflotte“ sofort zahlreiche Interviewwünsche. „Wir haben uns wie im Krieg gefühlt, gekidnappt gefühlt“, sagte Inge

Höger, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, auf einer eilends einberufenen Pressekonferenz. Ihre Kollegin Annette Groth sprach von einem „barbarischen Akt“ der Israelis, und Parteigenosse Norman Paech – mitleidheischend in eine Decke der israelischen Fluggesellschaft *El-Al* gehüllt, weil ihm „die Navy“ nur „Hemd und Hose gelassen“ habe –, Norman Paech also befand gar, Israel habe „Kriegsverbrechen“ begangen. Was auf dem Oberdeck der türkischen *Mavi Marmara* genau geschehen war, hatte zwar keiner von ihnen beobachtet, denn zum Zeitpunkt der Einnahme durch eine israelische Spezialeinheit befanden sich alle deutschen Aktivisten unter Deck. Aber das trübte ihre Gewissheit nicht, dass Israel, *der Unrechtsstaat*, einmal mehr ohne Not brutalstmöglich zugeschlagen hatte. „Wir wollten friedlich gegen die rechtswidrige Blockade des Gazastreifens demonstrieren“, tat Paech kund, „unser Motto war: keine Gewalt“. Auch eine Verteidigung der Schiffe gegen die israelische Marine sei nicht vorgesehen gewesen. Um so mehr sei man „von der Eskalation der Situation überrascht worden“.

Zwischenzeitlich hatte die israelische Armee allerdings erste Videos freigegeben, die darauf schließen ließen, dass es mit der Gewaltfreiheit an Bord der *Mavi Marmara* nicht allzu weit her war. Während die anderen fünf Schiffe ohne nennenswerten Widerstand der Passagiere aufgebracht werden konnten, zeigte das Filmmaterial, wie auf dem sechsten und größten zahlreiche Männer die israelischen Soldaten nach deren Abseilen aus einem Hubschrauber mit Eisenstangen, Äxten und Messern traktierten und einen Soldaten über Bord warfen. Diese Bilder vermochten die deutschen Friedensfreunde jedoch nicht zu irritieren; Norman Paech etwa wollte lediglich „zwei lange“ Holzstöcke „und einen etwas kürzeren“ gesehen haben. Auch die Angaben der israelischen Armee, denen zufolge mehreren Mitgliedern des Spezialkommandos die Schusswaffen entwendet wurden, brachten ihn nicht in Argumentationsnöte: Wenn es „den Versuch“ gegeben haben sollte, „die Soldaten zu entwaffnen“, sei daran „nichts auszusetzen“, fand er. Annette Groth glaubte gar, die israelische Armee könnte die Waffen „im Nachhinein da reingeschmuggelt“ haben, denn sie müsse „ja irgendwie eine Entschuldigung präsentieren für dieses Massaker, das an Bord stattgefunden hat“. Dass die Soldaten in Notwehr gehandelt haben könnten, weil sie bei der Einnahme des Schiffes massiv angegriffen wurden, schlossen die Politiker aus: „Von Selbstverteidigung zu sprechen, ist wirklich ein Hohn“, empörte sich Paech. In einem Interview des linken Radiosenders *LORA München* legte der frühere außenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag wenige Tage später nach: Er geißelte die „Abnormität“ der

„israelischen politischen Elite“ und befand, Israel sehe sich als „das von Gott auserwählte Volk“, das „die irdische Ordnung“ demzufolge als ungültig betrachte. Auch auf das „Trauma des Holocaust“ könnten sich die Israelis nicht mehr berufen, schließlich wüssten „die junge Soldaten“ gar nicht mehr, was der Holocaust eigentlich war. Die Abmoderation des Radiosprechers hatte sich der Völkerrechtler redlich verdient: „Eines sollte den Israelis mehrheitlich allmählich klar werden: Wer pathologisch auf seine Nachbarn schießt, weil es ihm woanders früher so dreckig erging, der darf nicht ewig darauf hoffen, dass für seine Gewalteskapaden mildernde Umstände gelten.“ Daumen runter also einmal mehr für die Juden, welche die historischen Lehren, die sich fortschrittlich dünkende Deutsche ihnen zgedacht haben, partout nicht ziehen wollen.

Dass die israelischen Soldaten auf der *Mavi Marmara* abnormal gehandelt und pathologisch geschossen haben, ist hierzulande aber längst nicht nur in der Linkspartei eine verbreitete Ansicht; auch ansonsten stellte zunächst kaum jemand in Frage, dass es sich bei den Vorgängen auf dem Schiff um ein beispielloses Verbrechen gegen harmlose Friedensfreunde handelte. Dabei gibt es gute Gründe für solche Zweifel, denn nicht nur die eingesetzten israelischen Spezialkräfte, sondern auch der Sympathie für den jüdischen Staat gänzlich unverdächtige Passagiere sagten aus, dass es vermeintliche Friedensaktivisten waren, die mit roher Gewalt die Kämpfe an Bord eröffnet hatten. Andre Abu Khalil beispielsweise, ein libanesischer Reporter von *Al-Jazeera*, berichtete, die ersten israelischen Soldaten, die an Bord gekommen seien, seien mit Knüppeln und Stangen überwältigt und anschließend als Geiseln genommen worden. Waleed al-Tabtabai, ein kuwaitisches Mitglied der *Muslimbruderschaft*, bestätigte diese Beobachtung, indem er auf einen im Juni 2006 von der Hamas entführten israelischen Soldaten anspielte: „Wir hatten neue Gilad Shalits. Sie haben sich vor Angst in die Hose gemacht.“ Und auch der Vorsitzende der als Hilfsorganisation firmierenden türkischen Vereinigung IHH, Bülent Yildirim, sagte mit kaum verhohlener Genugtuung, die Aktivisten hätten mehrere Soldaten mit Hilfe von Eisenstangen in ihre Gewalt gebracht. Er muss es wissen, denn er war es, der die Aktivitäten persönlich kontrollierte und kommandierte – zuletzt über Funk aus einem Raum im Schiffsinnenen.

Und es war seine Institution IHH, die die *Mavi Marmara* finanziert und deren Fahrt geplant hatte. Ein genauere Blick auf die in über 100 Ländern aktive IHH offenbart, dass es sich bei ihr weniger um eine karitative Einrichtung als vielmehr um eine „radikale islamistische Gruppe im Gewand einer humanitären Organisation“ handelt, wie Robert Spencer in der

angesehenen britischen Tageszeitung *Telegraph* befand. Eine Einschätzung, die das renommierte dänische *Institut für internationale Studien* bestätigen kann: Nach seinen Erkenntnissen ließ die IHH „in der Vergangenheit dem weltweiten Dihad-Netzwerk logistische und finanzielle Unterstützung“ zukommen. Türkische Behörden hatten bei der IHH im Jahr 1997 unter anderem Waffen, Sprengstoff und Anleitungen zum Bombenbau sichergestellt; zudem wurden einige Mitglieder festgenommen, die offenbar als „Kämpfer“ nach Afghanistan, Bosnien und Tschetschenien geschickt werden sollten. Die Dachorganisation der IHH ist die *Union des Guten*, eine vermeintliche Wohltätigkeitsvereinigung, die mit Spendengeldern die Hamas und andere terroristische Gruppierungen finanziert. Vorsitzender dieser *Union* ist Yusuf al-Qaradawi, ein aus Ägypten stammender, lange Zeit in Katar lebender, einflussreicher islamischer Rechtsgelehrter, der Selbstmordattentate gegen Israel als „Märtyrertod“ billigt, die Todesstrafe für die „Abkehr vom Islam“ befürwortet und Adolf Hitler eine „gerechte Strafe Allahs für die Juden“ nennt, mit denen ein Dialog nur „mit Schwert und Gewehr“ zu führen sei.

Die IHH unterhält aber auch von sich aus Beziehungen zur Hamas. Zu Beginn des Jahres 2010 beispielsweise war Bülent Yildirim persönlich in Gaza, wie auch schon 2009. Dort traf er sich mit dem Hamas-Führer Ismail Haniya zwecks Fundraising und Organisation des „Free Gaza“-Trips. Und bei der Einweihungszeremonie für die *Mavi Marmara* Ende Mai 2010 in Istanbul hielt Yildirim eine Rede, in der er unter anderem sagte: „Israel verhält sich, wie Hitler sich gegenüber den Juden verhalten hat. Hitler baute Konzentrationslager in Deutschland, und heute baut das zionistische Gebilde Konzentrationslager in Palästina.“ Angesichts dessen überrascht es nicht, dass sich an Bord der *Mavi Marmara* zahlreiche militante Islamisten befanden. Laut den türkischen Zeitungen *Vatan* und *Milliyet* waren mindestens 40 Passagiere gewaltbereit, und drei der Getöteten hätten vor ihrer Abreise gegenüber Freunden und Verwandten gesagt, sie wollten auf der Fahrt als „Märtyrer“ sterben. In ihrem Gepäck hatten die Islamisten Stöcke, Eisenstangen, Messer, Steinschleudern und Glaskugeln, außerdem kugelsichere Westen und Schutzmasken sowie einige elektrische Sägen. Als die israelische Marine Kontakt mit der Schiffsbesatzung aufnahm und sie zur Kooperation aufrief, bemächtigte sich der türkische Trupp des Oberdecks. Alle anderen Passagiere wurden nach unten verbannt und durften ohne Erlaubnis nicht mehr nach oben. Eine kleine türkische „Reserve-Einheit“ blieb mit arabischen Aktivisten auf dem mittleren Deck. Die IHH-Aktivisten rüsteten sich für die Attacke. Sie zersägten die Reling, um sich mit

Eisenstangen zu bewaffnen, entwendeten die Äxte aus den Feuermeldern und deckten sich mit Messern aus der Kombüse ein. All dies zeigt ein Film der linken amerikanischen Organisation *Cultures of Resistance*, die eigentlich das vermeintlich besonders rücksichtslose Vorgehen der israelischen Einheit belegen wollte – um dann, unfreiwillig natürlich, die Angriffsvorbereitungen auf dem Schiff zu zeigen.

Man kommt nicht umhin festzustellen, dass es sich bei dem Unternehmen „Free Gaza“ um ein Bündnis aus europäischen „Friedensfreunden“ und todessehnsüchtigen Islamisten handelte, dessen Ziel die Dämonisierung und Delegitimierung des jüdischen Staates war. Israels Feinde haben mittlerweile begriffen, dass es in einem asymmetrischen Krieg darum geht, ein Mittel zu finden, mit dem der militärisch überlegene Gegner zu Fall gebracht werden kann. Dieses Mittel – das auf Dauer wirksamer ist als Selbstmordattentate und Raketen – sind die Medien und die Öffentlichkeit, die zunehmend erfolgreicher in Anspruch genommen werden, um Israel zu isolieren und zu schwächen. „Free Gaza“ zielte darauf ab, den jüdischen Staat der ultimativen Unmenschlichkeit zu überführen, eines Verbrechens, das weltweit maximale Empörung hervorruft – mehr noch, als jeder Krieg es vermag – und das sich außerhalb Israels kaum jemand zu rechtfertigen traut. Mit Hilfsgütern beladene Schiffe sind auf ihrem Weg zur Küste von Gaza schon mehrmals von der israelischen Marine aufgehalten worden; das verursachte zwar jeweils ein paar Tage lang eine schlechte Presse für Israel, aber so richtig zünden wollte die Idee nicht – weil es keine Toten und Verletzten gab. Dies zu ändern, war „Free Gaza“ offensichtlich angetreten.

Dass es nicht darum ging, humanitäre Güter in den Gazastreifen zu liefern, sondern Israel mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln herauszufordern, haben die Verantwortlichen von „Free Gaza“ jedenfalls in dankenswerter Offenheit ausgeplaudert. Und wenn es trotzdem noch eines Beweises bedurft hätte, dann wurde er spätestens geliefert, als herauskam, dass ein nicht geringer Teil des Materials an Bord der Schiffe wertloser Schrott war, den nicht einmal die Hamas haben wollte. Das Ziel des Unternehmens war es, Israel in eine gewaltsame Auseinandersetzung zu zwingen, um sich hernach als Opfer einer brutalen Militärmaschinerie inszenieren zu können und damit Israels Isolierung und Delegitimierung ein weiteres gutes Stück voranzutreiben. Weil die Soldaten der israelischen Spezialeinheit aber nicht mehr taten, als Paintball-Munition gegen ihre Widersacher zum Einsatz zu bringen, musste deren zu allem bereiter Teil die Konfrontation mit Eisenstangen, Messern, den Soldaten entwendeten Waffen und Geiselnahmen derart eskalieren, dass die Spezialkräfte gar nicht mehr anders

konnten, als scharf zu schießen; andernfalls wären sie selbst zu Tode gekommen. „Free Gaza“ hatte also einen militärischen, keinen humanitären Zweck; der Sinn der Übung war es, möglichst effektiv ein paar als Friedensaktivisten getarnte „Märtyrer“ zu produzieren, um eine Etappe im Propagandakrieg gegen Israel zu gewinnen, der tatsächlich der Hebel sein könnte, um den jüdischen Staat langfristig zum Verschwinden zu bringen.

Inzwischen ist eine weitere so genannte Friedensflotte geplant, wiederum unter der Federführung der türkischen IHH. Sie soll voraussichtlich Ende dieses Monats Richtung Gaza auslaufen und noch weitaus größer sein als die erste. An ihr nimmt auch eine „Deutsche Initiative zum Bruch der Gazablockade“ teil, deren Schirmherr der Islamwissenschaftler, emeritierte Professor und frühere Leiter des Deutschen Orient-Instituts, Udo Steinbach, ist. Steinbach – ein gern gesehener und gehörter Interviewpartner und Talkshowgast – fällt immer wieder mit üblen antiisraelischen Entgleisungen auf. So verglich er beispielsweise die Situation im Gazastreifen mit jener des Warschauer Ghettos und warf den Israelis vor, die Palästinenser zu „massakrieren“. Zudem spielt er immer wieder den Terror islamistischer Organisationen gegen Israel herunter und verfügt über beste Kontakte zum iranischen Regime. Die iranische Botschaft in Deutschland lud ihn anlässlich des 22. Todestages von Ayatollah Khomeini sogar eingeladen, Anfang Juni auf einem Seminar einen Vortrag zu halten. Das Thema dieses Seminars lautete: „Auswirkungen des geistigen Erbes von Imam Khomeini auf regionale Entwicklungen“. Man darf davon ausgehen, dass Steinbach mit Freude zugesagt und referiert hat.

Ob auch Frau Höger neuerlich an Bord der „Friedensflotte“ sein wird, ist bislang nicht überliefert; auf einer Konferenz von Hamas-Aktivisten und -Sympathisanten Anfang Mai in Wuppertal jedenfalls zeigte sie schon mal, wie sie sich den künftigen Nahen Osten vorstellt: Dort trat sie mit einem Schal ans Rednerpult, auf dem kein Staat Israel zu sehen war, sondern nur ein Groß-Palästina. Sie hätte es „als unhöflich empfunden, das Tragen dieses Schals abzulehnen“, rechtfertigte sie sich, als Kritik an ihrem Auftritt laut wurde. Und weiter: „Der Schal zeigte die Orte in Palästina, aus denen vor der Ausrufung des Staates Israel Palästinenserinnen und Palästinenser vertrieben wurden.“ Und jetzt stellen Sie sich bitte einen deutschen Vertriebenenfunktionär vor, der auf dem „Sudetendeutschen Tag“ mit einem Halstuch vorstellig wird, auf dem das Deutsche Reich in den Grenzen von, sagen wir, 1938 abgebildet ist, und der auf Nachfrage sagt, das Stück Stoff zeige „die Orte in Deutschland, aus denen nach dem Zweiten Weltkrieg Deutsche vertrieben wurden“. Man würde völlig zu Recht

von Revanchismus sprechen – nur ist das, was Inge Höger betreibt, nichts anderes, bloß kommt es buchstäblich im linken Gewand daher.

Einen Monat nach dem „Free Gaza“-Unternehmen des Jahres 2010 hat der Deutsche Bundestag übrigens der so genannten Friedensflotte doch noch zu einem Erfolg verholfen. Denn dem Parlament war ein von der SPD und den Grünen initiiertes interfraktioneller Antrag zur Entschließung vorgelegt worden, dessen Titel lautete: „Ereignisse um die Gaza-Flottille aufklären – Lage der Menschen in Gaza verbessern – Nahost-Friedensprozess unterstützen“. Was in den Jargon bester Absichten gekleidet war, ist ein Dokument staatsoffizieller Dämonisierung und Delegitimierung Israels. In ihm werden die „sofortige“ und „bedingungslose“ Aufhebung der Blockade des Gazastreifens sowie eine „internationale Untersuchung“ der Vorfälle vor der Küste des Gazastreifens gefordert; in beherrschendem und anmaßendem Ton heißt es dort zudem: „Die Blockade Gazas ist kontraproduktiv und dient den politischen und Sicherheitsinteressen Israels letztlich nicht.“ Der Antrag wurde einstimmig (!) angenommen; während der Debatte im Bundestag betonten alle Redner von CDU bis Linkspartei, von Philipp Mißfelder bis Wolfgang Gehrke, wie glücklich sie über diesen Konsens seien.

Man kann den Beschluss nur als unverschämten Eingriff in die Souveränität des Staates Israel bezeichnen. Großbritannien hat unlängst die Aufarbeitung seines „Bloody Sunday“ abgeschlossen, der Deutsche Bundestag unterhält einen Untersuchungsausschuss zur Bombardierung im afghanischen Kundus – aber Israel soll seine Angelegenheiten gefälligst von vermeintlich übergeordneten Instanzen durchleuchten und regeln lassen. Auch die Forderung nach einer vollständigen Aufhebung der Gaza-Blockade ist zutiefst vermessen – zumal vor dem Hintergrund, dass es die Unifil-Mission unter Beteiligung der Bundeswehr nicht vermocht hat, die Hizbollah an der Wiederaufstockung ihres Raketenarsenals zu hindern. Außerdem läuft dieses Verlangen in der Konsequenz darauf hinaus, dass Israel sich den islamischen Mördern waffen- und tatenlos ausliefern soll. Keiner der Abgeordneten versteht sich als Antisemit, doch der Beschluss ist ein Dokument des Konsens und Gemeinsinn stiftenden neuen Antisemitismus – ohne Gegenstimme beschlossen im Deutschen Bundestag. Wenn es um Israel geht, kennt man hierzulande keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche – im Parlament wie abseits des Plenarsaals.

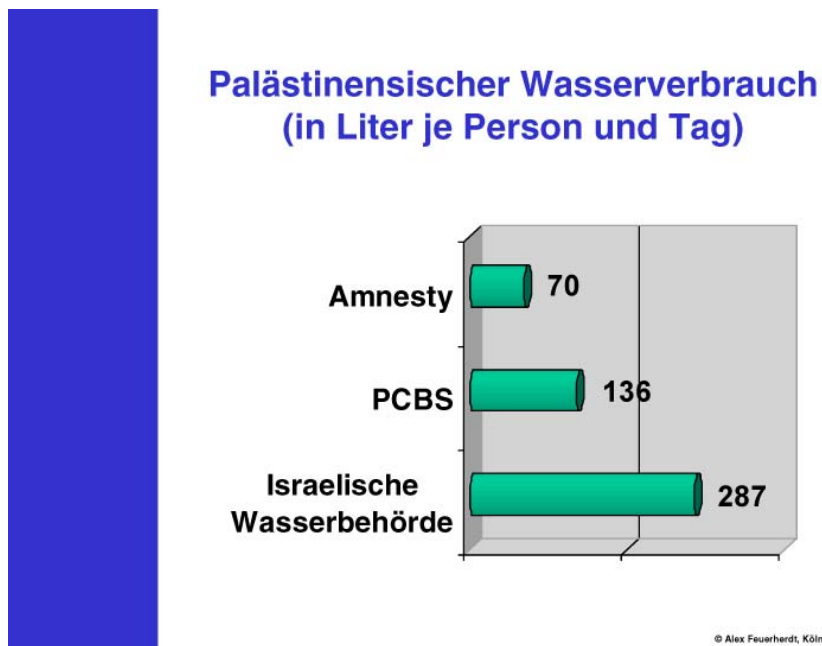
Die Agenda der „Israelkritiker“ (II): Amnesty und die „Troubled Waters“

Angesprochen ist mit den bisherigen Ausführungen sowohl die staatliche Ebene – hier repräsentiert durch die Bundesregierung und den Bundestag – als auch die nichtstaatliche, nämlich in Form der NGOs. Deren Treiben in Bezug auf Israel wäre ein eigener Vortrag wert, aber ich konzentriere mich hier nun auf die vielleicht bekannteste von ihnen, die mit über 2,2 Millionen Mitgliedern und Unterstützern in mehr als 150 Staaten auf jeden Fall zu den größten zählt. Die Rede ist natürlich von Amnesty International, und auch diese Nichtregierungsorganisation äußert sich regelmäßig zum *Nahostkonflikt* und insbesondere zum jüdischen Staat. Ein jüngeres Beispiel: In ihrem Ende 2010 erschienenen Bericht „Troubled Waters – den Palästinensern wird ein gerechter Zugang zum Wasser verweigert“ verbreitet Amnesty dramatisch klingende Zahlen; dort heißt es: „Der tägliche Frischwasserkonsum der in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser liegt bei rund 70 Litern pro Kopf – und damit deutlich unter der Menge von 100 Litern, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlen wird.“ Demgegenüber verbrauche ein Israeli täglich im Schnitt über 300 Liter Wasser, also mehr als das Vierfache.

Der Grund für diese erhebliche Differenz liege in der „diskriminierenden israelischen Politik“, die sowohl gegen verschiedene israelisch-palästinensische Abkommen als auch gegen internationales Recht verstoße: Der Zugang der Palästinenser zu den Wasserressourcen, behauptet Amnesty, werde massiv eingeschränkt und behindert, unter anderem dadurch, dass Israel über 80 Prozent der einzigen palästinensischen Bezugsquelle in der Westbank für sich beanspruche, fortwährend Wasserspeicher und Bewässerungssysteme in palästinensischen Dörfern zerstöre und das Westjordanland als Müllkippe und Jauchegrube missbrauche, wodurch das Grundwasser verschmutzt werde. Während die Bewohner der jüdischen Siedlungen ihre Felder mit Sprinkleranlagen bewässerten sowie Gartenlagen und Swimmingpools unterhielten, verhindere die israelische Armee teilweise sogar, dass die palästinensische Bevölkerung Regenwasser sammeln kann. „Die 450.000 Siedler“, heißt es in dem Bericht weiter, „verbrauchen insgesamt mehr Wasser als die in der Westbank lebenden 2,3 Millionen Palästinenser“.

Dass die Menschenrechtsorganisation in ihrem 112seitigen Dokument bisweilen ein – um es vorsichtig zu formulieren – eher taktisches Verhältnis zur Wahrheit pflegt, offenbart bereits der letztgenannte Punkt. Denn wenn 450.000 Siedler jeweils 300 Liter Wasser beanspruchen, ergibt sich nach Adam Riese eine Tagesgesamtmenge von 135 Millionen Litern.

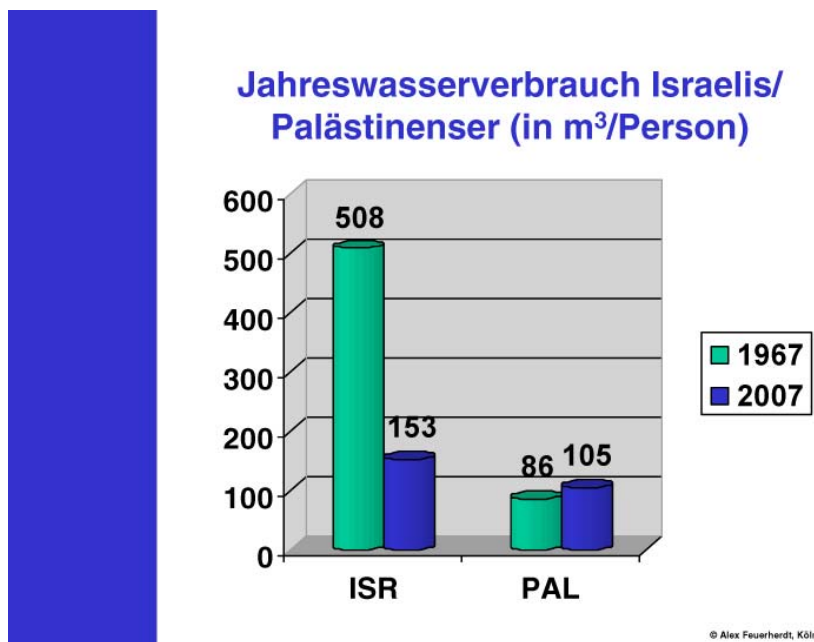
Demgegenüber kommen 161 Millionen Liter Wasser pro Tag zusammen, wenn 2,3 Millionen Palästinenser je 70 Liter verbrauchen. Wie man vor diesem einfach zu errechnenden Resultat zu dem Schluss gelangen kann, die Minderheit der Siedler im Westjordanland konsumiere ein größeres Quantum der kostbaren Flüssigkeit als die Mehrheit der dort lebenden palästinensischen Eingeborenen, bleibt das Geheimnis von Amnesty.



Aber das ist nicht die einzige Ungereimtheit in „Troubled Waters“. Vielmehr ist fraglich, woher Amnesty überhaupt die Verbrauchszahlen hat – eine Quelle für sie wird im Bericht nämlich nicht genannt. Andere Statistiken (*siehe Grafik*) kommen zu wesentlich weniger alarmierenden Ergebnissen, beispielsweise eine Erhebung des in Ramallah ansässigen Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS). Demnach verbrauchte im Jahr 2007 jeder Bewohner in den palästinensischen Gebieten durchschnittlich rund 136 Liter Wasser pro Tag – also fast doppelt so viel wie von Amnesty angegeben und immer noch deutlich mehr als die von der WHO empfohlene Mindestmenge von 100 Litern. Gar 287 Liter pro Kopf und Tag hat die staatliche israelische Wasserbehörde errechnet.¹ Zum Vergleich: Jeder Bundesbürger verbraucht pro Tag im Schnitt 127 Liter Wasser, jeder Österreicher 162 Liter und jeder Amerikaner 295 Liter.

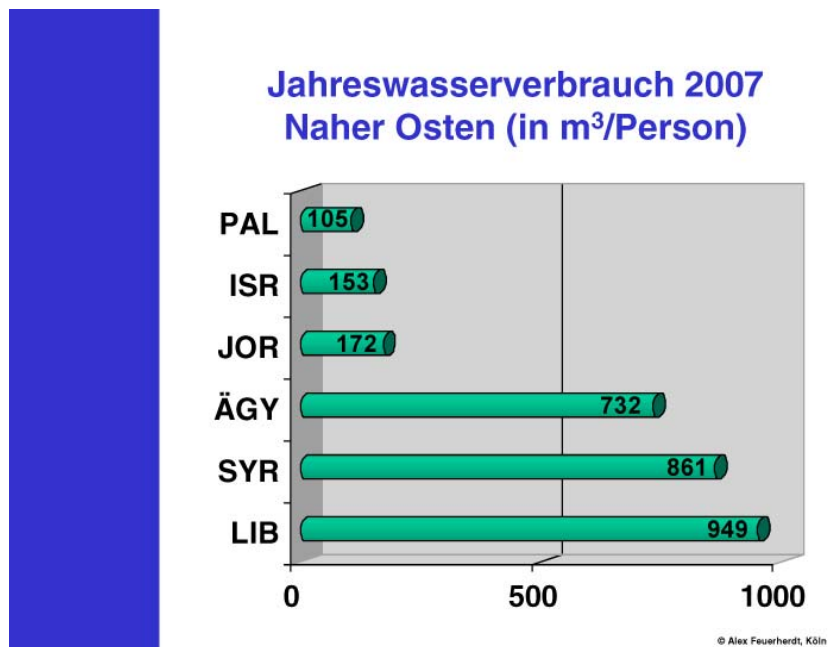
¹ Die starke Abweichung erklärt sich zum einen dadurch, dass das PCBS den Gazastreifen in seine Berechnung einbezogen hat, während bei der Wasserbehörde nur die Zahlen für die Westbank eingeflossen sind. Zum anderen legen beide zwar annähernd die gleiche Gesamtverbrauchsmenge, jedoch unterschiedliche Einwohnerzahlen im Westjordanland zugrunde: Während dem PCBS zufolge etwa 2,3 Millionen Menschen dort leben – eine Zahl, die Amnesty übernommen hat –, geht die Wasserbehörde nur von 1,8 Millionen aus, dem Mittelwert zwischen den Angaben des PCBS und denen der American-Israeli Demographic Research Group, die sich strikt an überprüfbare Daten wie Melde- und Geburtsziffern hält und lediglich auf 1,4 Millionen Westbankbewohner kommt.

Ein paar Basics können an dieser Stelle nicht schaden: Grundlage für die Wasserpolitik von Israelis und Palästinensern sind die beiden Oslo-Abkommen, Oslo I und Oslo II. Oslo II enthielt dabei eine Vereinbarung zur Wasserfrage, die zur Gründung einer gemeinsamen Wasserkommission, nämlich des israelisch-palästinensischen Joint Water Committee (JWC), führte. Diesem JWC gehören Vertreter beider Wasserbehörden an; es verfügt in Bezug auf die Wasserproblematik also zweifelsfrei über eine Legitimation. Das JWC ist mit der Einhaltung und Umsetzung der Absprachen befasst; eine seiner Aufgaben besteht darin, die Wasserversorgung in der Westbank und dem Gazastreifen stetig zu verbessern. Dabei obliegt der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) die Zuständigkeit für die Ressourcen und die Abwasserbehandlung in den palästinensischen Gebieten; Israel wiederum ist verpflichtet, zusätzliche Wassermengen an die Palästinenser zu liefern.



Und tatsächlich ist deren Wasserverbrauch erheblich gestiegen, einerseits durch infrastrukturelle Maßnahmen wie die Verlegung von Wasserleitungen und den Bau zahlreicher Brunnen, andererseits infolge israelischer Wasserlieferungen, deren Menge stets deutlich über der vereinbarten lag, im Jahr 2009 sogar um 40 Prozent. Zwar verbrauchen die Israelis pro Kopf immer noch mehr Wasser als die Palästinenser; die Differenz hat sich im Laufe der Zeit jedoch stark verringert. Besonders deutlich wird das, wenn man den Vergleichszeitraum ausdehnt (*siehe Grafik*): Den Angaben der israelischen Wasserbehörde zufolge beanspruchte 1967 jeder Israeli 508 Kubikmeter Wasser im Jahr, während es bei den Palästinensern im Westjordanland nur 86 Kubikmeter pro Kopf waren. 2007 lag der

Jahresverbrauch auf israelischer Seite – unter anderem bedingt durch Wasserknappheit, Sparmaßnahmen und ein geändertes Konsumverhalten – bei nur noch 153 Kubikmetern je Einwohner, während er in der Westbank auf 105 Kubikmeter gewachsen war.



Zum Vergleich (*siehe Grafik*): Im selben Jahr verbrauchte ein Jordanier 172, ein Ägypter 732, ein Syrer 861 und ein Libanese sogar 949 Kubikmeter Frischwasser. Dass die Israelis die größten Wasserverschwender in der Region wären, lässt sich also nicht behaupten, und nach einer amerikanischen Studie aus dem Jahr 2006 ist die Wasserversorgung in der Westbank sogar besser als in Großstädten wie Amman, Tunis und Algier.

Angesichts dieser Zahlen hat das israelische Außenministerium den Bericht von Amnesty International scharf kritisiert und der Palästinensischen Autonomiebehörde vorgeworfen, erheblich gegen ihre Verpflichtungen gemäß dem Wasserabkommen zu verstoßen. Nach einem Bericht der am Joint Water Committee beteiligten israelischen Wasserbehörde vom März 2009 betreffen diese Verstöße zum einen das Bohren von Brunnen, die nicht genehmigt wurden. Im Westjordanland sind demnach rund 250 dieser Reservoirs eigenmächtig ausgehoben worden, im Gazastreifen nach dem Abzug der israelischen Armee im Jahr 2005 sogar über 3.000. Darüber hinaus werden immer wieder Wasserpipelines angezapft. Dadurch gerät das gesamte Wassersystem durcheinander; zudem ist der Wasserverlust infolge dieser illegalen Baumaßnahmen und Abzweigungen enorm. Er liegt in der Westbank bei etwa 33 Prozent, gegenüber einem durchschnittlichen Verlust in Israel von elf Prozent.

Zum anderen ist die Abwasserbehandlung in den palästinensischen Gebieten noch immer unzureichend. Denn das verbrauchte Wasser wird zu zwei Dritteln ohne weitere Behandlung in die Bäche und Flüsse geleitet, sickert ins Grundwasser ein und sorgt so für eine erhebliche Umweltverschmutzung. Weil das Abwasser nicht geklärt wird, fehlt außerdem die Möglichkeit, es zur Bewässerung in der Landwirtschaft einzusetzen, wie Israel es tut. Stattdessen wird Frischwasser verwendet, was dazu führt, dass den privaten Haushalten etliche Millionen Kubikmeter nicht zur Verfügung stehen.

Amnesty geht über all dies jedoch hinweg und wirft Israel stattdessen vor, über 80 Prozent der einzigen palästinensischen Wasserbezugsquelle im Westjordanland für sich zu beanspruchen. Gemeint ist damit der so genannte Gebirgs-Aquifer, ein natürlicher Grundwasserträger bzw. Grundwasserleiter, der sich über die gesamte Westbank erstreckt und von Regenfällen gespeist wird. Das eingesickerte Wasser bahnt sich seinen Weg durch die Erde und fließt schließlich zu verschiedenen Quellen, die sich zu einem nicht geringen Teil im israelischen Kernland befinden und deren Wasser in großen Speichern aufgefangen wird. Hierin liegt auch ein wesentlicher Teil des Streits begründet. Denn während die PA – und mit ihr Amnesty International – darauf besteht, dass der über dem Westjordanland niedergehende und dort in den Boden sickende Regen größtenteils den Palästinensern zusteht, argumentiert die israelische Wasserbehörde damit, dass sich die Quellen überwiegend in Gebieten befinden, die bereits vor 1967 zu Israel gehörten und schon damals genutzt wurden. Um zwischen diesen beiden Sichtweisen einen Kompromiss zu finden, regelten Oslo II und anschließend das Joint Water Committee die Verteilung dieser Wasservorräte, die auch für Israel existenziell wichtig sind.² Während der jüdische Staat sich diesem Kompromiss weiterhin verpflichtet fühlt und sein Liefersoll gegenüber den Palästinensern sogar übererfüllt, hält die PA die Vereinbarungen zunehmend für unzureichend und behilft sich mit den erwähnten absprachewidrigen Maßnahmen.

Das findet Amnesty jedoch nicht im Geringsten kritikwürdig, wie „Troubled Waters“ überhaupt eine einseitige Schuldzuweisung an Israel ist und an wesentlichen Stellen teilweise mit falschen Zahlen rechnet. Die Menschenrechtsorganisation hat sich in hohem Maße auf palästinensische Angaben und Aussagen gestützt, ohne sie zu überprüfen. Nicht minder befremdlich ist die Behauptung, Israel benutze die Westbank als Jauchegrube und Müllhalde. Schließlich sind es die palästinensischen Behörden, die sich trotz ihrer vertraglichen

² Israel bezieht sein Wasser außerdem vor allem aus dem See Genezareth und dem Aquifer entlang der Meeresküste.

Verpflichtungen und internationaler Zuschüsse weigern, eine funktionierende Abwasserentsorgung und Abwasseraufbereitung zu organisieren. Vor diesem Hintergrund befindet sich der Vorwurf von Amnesty mindestens in gefährlicher Nähe zum antisemitischen Stereotyp vom Juden als Brunnenvergifter. Auch ansonsten ist „Troubled Waters“ ein durch und durch ideologisches Traktat, mit dem Israel geradezu dämonisiert wird.

Die Agenda der „Israelkritiker“ (III): Ein „judenreines“ Palästina?

Und damit zu einem Thema, das bei allen „Israelkritikern“ ganz weit oben auf der Tagesordnung rangiert: den israelischen Siedlungen. Doch ich möchte dieses Kapitel auf der anderen Seite beginnen: nicht bei den Israelis, sondern bei den Palästinensern.

Ende April 2009 verurteilte ein von der Palästinensischen Autonomiebehörde eingesetztes dreiköpfiges „Militärgericht“ in Hebron den 59jährigen Palästinenser Anwar Breghit zum Tode. Außerdem beschloss es, das Vermögen und den Besitz des Angeklagten – dem keinerlei Möglichkeit zur Verteidigung gegeben wurde – zu beschlagnahmen. Breghit habe Land an Juden verkauft und damit gegen ein Gesetz aus dem Jahr 1979 verstoßen, das genau dies verbiete, urteilte das Tribunal. Darüber hinaus habe er zwei weitere Anordnungen nicht befolgt: eine aus dem Jahr 1958, nach der Israel grundsätzlich zu boykottieren sei, und eine von 1953, die jeglichen Handel mit Israelis untersage. Damals war die Westbank zwar noch von Jordanien besetzt, die PA hält die seinerzeitigen Verfügungen jedoch offenkundig weiterhin für verbindlich und orientiert sich auch sonst am Nachbarstaat, wenn sie es für opportun hält. 1997 beispielsweise kündigte sie an, ein jordanisches Gesetz zu übernehmen, nach dem der Verkauf von Land an den „Feind“ – wozu ausnahmslos alle Israelis gezählt wurden – als „Hochverrat“ zu betrachten und mit der Todesstrafe zu ahnden sei.

Ob dieses Gesetzesvorhaben offiziell umgesetzt wurde, ist unklar. Fest steht aber: Es gab in den vergangenen 30 Jahren eine ganze Reihe von Todesurteilen gegen Palästinenser, die Ländereien an Juden veräußert haben sollen. Wie viele dieser Urteile tatsächlich vollstreckt wurden, lässt sich nicht zuverlässig sagen. Übereinstimmend berichten jedoch so unterschiedliche Quellen wie die BBC, die israelische Tageszeitung *Jerusalem Post* und selbst die Israel wenig wohlgesonnene Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch von mehreren Fällen, in denen solche „Kollaborateure der Zionisten“ kurz nach dem jeweiligen Schuldspruch ermordet aufgefunden wurden.

Nach allem, was man weiß, hat noch kein Bundesaußenminister während einer Reise in die Westbank den palästinensischen Gesprächspartnern gegenüber auch nur ein einziges kritisches Wort zu diesen „Verkauft nicht an Juden“-Befehlen und ihren potenziell mörderischen Folgen geäußert. Viel zu sehr waren sie alle stattdessen damit beschäftigt, mantraartig zu wiederholen, das größte Hindernis auf dem Weg zu einem Frieden im Nahen Osten sei die israelische Siedlungspolitik. Diese Behauptung ist in nahezu allen politischen Lagern dermaßen selbstverständlich – und besonders heute wieder unendlich populär –, dass sie keinerlei Begründung mehr zu bedürfen scheint. Folgt man ihr, dann müsste Israel nur seine Enklaven, Außenposten und Grenzdörfer abbauen und könnte fortan in trauter Harmonie mit seinen Nachbarn leben.

Dabei zeigt schon die jüngere Vergangenheit, dass diese Gleichung nicht aufgeht, schon gar nicht zwangsläufig. Vor knapp elf Jahren beispielsweise bot Ehud Barak während der Verhandlungen von Camp David an, zahlreiche Siedlungen zu räumen; zudem wollte er die nahe der „Grünen Linie“ liegenden Siedlungen – in denen die große Mehrheit der Siedler lebt – ins israelische Staatsgebiet eingliedern und diese Maßnahme durch einen territorialen Austausch mit den Palästinensern abgelten. Die palästinensische Seite unter Yassir Arafat lehnte dieses beispiellos weitgehende Angebot jedoch ab und blies stattdessen zur „Intifada“. Und als Ariel Sharon 2005 die israelischen Siedlungen im Gazastreifen auflösen ließ, bedankten sich die Hamas und andere palästinensische Terrororganisationen dafür mit einem Raketenhagel, der erst infolge der israelischen „Operation Cast Lead“ Ende 2008, Anfang 2009 allmählich zum Erliegen kam. Das heißt, Israel ist einem Dilemma ausgesetzt: Hält es die Siedlungen aufrecht, zieht es sich den Zorn der restlichen Welt zu; baut es Siedlungen ab – oder bietet es diesen Schritt auch nur an –, sehen nicht unerhebliche Teile der arabischen Welt darin ein Zeichen von Schwäche und eine Gelegenheit zur „Befreiung ganz Palästinas“ – von den Juden nämlich.

Dieser prinzipielle Unwille, Israel anzuerkennen, ist der Kern des arabisch-israelischen Konflikts – und eben nicht die Siedlungsfrage. Selbst wenn der jüdische Staat nur das Stadtgebiet von Tel Aviv umfassen würde, wäre er seinen Feinden noch zu groß. Denn deren Ziel ist nicht eine Zweistaaten-, sondern nach wie vor eine Kein-Staat-Israel-Lösung. Der israelische Historiker Yaacov Lozowick brachte dieses Problem in seinem Buch „Israels Existenzkampf“ auf den Punkt: Seit 1967 übe Israel die Herrschaft über einen großen Teil der palästinensischen Bevölkerung aus, und sein Verhalten sei in vielerlei Hinsicht kritikwürdig,

schrieb er. Und weiter: „Dennoch könnte nur ein Narr behaupten, dass sich die Palästinenser in der umgekehrten Situation mit den Maßnahmen, wie sie die Israelis getroffen haben, zufrieden geben würden.“ Wenn die Palästinenser jemals die Herrschaft über die Juden erlangten, werde Palästina, so Lozowick, „ebenso *judenrein* werden, wie es der größte Teil Europas heute ist: eine kleine Gemeinde hier und dort und Gespenster überall“. Israel habe früher lediglich die nationalen Ambitionen der Palästinenser blockiert, die politische Führung der Palästinenser hingegen bedrohten die nackte Existenz der Juden.

Ganz bewusst benutzte Lozowick hier ein Wort, das auch der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu und sein Außenminister Avigdor Lieberman verwendet haben, als der deutsche Außenamtschef Steinmeier im Juli 2009 zu Gesprächen in Israel weilte und seine Gastgeber für den Siedlungsbau kritisierte: „judenrein“. Dieser Begriff wurde von deutschen Antisemiten Ende des 19. Jahrhunderts kreiert; später gebrauchten ihn die Nationalsozialisten – neben dem Terminus „judenfrei“ – als Euphemismus für die Massenvernichtung. Es mag auf den ersten Blick seltsam anmuten, dass er nun auch von einem israelischen Historiker und israelischen Ministern beansprucht wurde. Doch das geschah, um in aller Deutlichkeit auf die Konsequenz hinzuweisen, die sich aus der geradezu rituell wiederholten Forderung nach einem Stopp und Abbau der israelischen Siedlungen im Westjordanland ergibt. Jenseits der Grenzen Israels verschwendet nämlich kaum jemand einen Gedanken daran, was die Gründung eines palästinensischen Staates für die auf seinem Territorium lebenden Juden bedeuten würde. Von Israel wird selbstverständlich verlangt, ein multinationaler Staat zu sein, in dem Araber als gleichberechtigte Bürger ihren Platz haben. Fast niemand hingegen erhebt die nicht minder selbstverständliche Forderung, dass in einem zukünftigen Palästina auch Juden leben können müssen, wenn sie es wollen, und zwar nicht bloß als geduldete „Dhimmis“, also als Schutzbefohlene unter islamischer Herrschaft.

Im Gegenteil implizieren nahezu alle Appelle an die israelischen Regierungen, die Siedlungen zu räumen, dass Juden auf palästinensischem Boden prinzipiell nichts verloren haben. Denn die obligatorische völkerrechtliche Argumentation für einen Abzug der Siedler als angeblich unabdingbare Voraussetzung für die Gründung eines palästinensischen Staates geht praktisch nie mit der Versicherung einher, dass ein prospektives Palästina selbstredend eine jüdische Minderheit zu akzeptieren hat. Eine solche Klarstellung mag für überflüssig halten, wer sich auf die Begründung zurückzieht, die Siedlungstätigkeit sei Teil einer illegalen

Besatzungspraxis, was aber nicht bedeute, dass jüdisches Leben in einem souveränen palästinensischen Staat grundsätzlich unmöglich sei.

Doch dieser Standpunkt blendet aus, dass es sich beim Westjordanland genau genommen nicht um ein *besetztes*, sondern um ein *umstrittenes* Gebiet handelt. Schließlich wurde es 1948 von Jordanien völkerrechtswidrig annektiert und gelangte erst infolge des israelischen Verteidigungskrieges im Juni 1967 unter israelische Kontrolle. Noch im selben Jahr bot Israel Verhandlungen über die Abtretung der Gebiete an; die arabischen Staaten lehnten dies jedoch auf der Konferenz von Khartum mit dem berühmt gewordenen „dreifachen Nein“ ab: Nein zum Frieden mit Israel, nein zur Anerkennung Israels, nein zu Verhandlungen mit Israel. Es war dies die alte Position des berüchtigten Muftis von Jerusalem: Keinen Zentimeter des heiligen muslimischen Bodens für einen souveränen jüdischen Staat. Und am besten auch keinen Zentimeter für Juden überhaupt – ein Ziel, das die Hamas in ihrem Herrschaftsgebiet bereits erreicht hat: Der Gazastreifen ist seit 2005 praktisch „judenrein“.

Die auf dem Gebiet der Westbank lebende Bevölkerung hingegen besteht zu etwa 20 Prozent aus Juden, die fast alle in Siedlungen wohnen, vor allem in der Nähe der „Grünen Linie“. Diese Minderheit könnte nicht damit rechnen, in einem künftigen palästinensischen Staat auch nur annähernd die gleichen Rechte zu haben wie die Mehrheit. Umgekehrt geht es den in Israel lebenden Arabern, die ebenfalls einen Anteil von rund 20 Prozent an der Gesamtbevölkerung stellen, deutlich besser. Und das gilt nicht zuletzt für ihre Möglichkeit, in Israel sesshaft zu bleiben. Zwar ist es für sie schwierig, an Haus- und Grundbesitz zu kommen – doch das geht den jüdischen Israelis nicht anders. Denn nur rund sieben Prozent der Liegenschaften sind Privateigentum, während 93 Prozent dem israelischen Staat gehören, der Land grundsätzlich nicht verkauft, sondern nur verpachtet, entweder für 49 oder für 98 Jahre.

Die Politik der Vergabe von Liegenschaften war in den letzten knapp zehn Jahren mehrmals Gegenstand von juristischen Streitigkeiten, weil sich die arabische Bevölkerung Israels benachteiligt fühlte. Daraufhin ordnete der Oberste Gerichtshof Israels im Jahr 2000 an, dass der Staat die Zuteilung von Land nicht von der Religion oder der Nationalität eines Bewerbers abhängig machen darf. Und der israelische Generalstaatsanwalt Menachem Mazuz entschied im Januar 2005, arabischen Israelis dürften in Bezug auf die Vergabe und Verwaltung von Immobilien keine Nachteile erwachsen. Im Wesentlichen haben also Juden wie Araber in Israel gleich große Chancen auf die Pacht von Grund und Boden. Zudem werden auf kommunaler Ebene regelmäßig Wohnungsbauprojekte vorangetrieben, die arabischen Israelis

zugute kommen, wie etwa in Jerusalem: Dort plant die Stadt in ihrem Ostteil gerade 5.000 neue Wohneinheiten für sie. Umgekehrt scheint es nahezu undenkbar, dass ein zukünftiger palästinensischer Staat der jüdischen Minderheit in ähnlichem Maß entgegenkommen würde – schon gar nicht, wenn er unter dem Bruch aller internationalen Vereinbarungen einseitig ausgerufen würde, wie Mahmud Abbas es derzeit plant, und erst recht nicht nach dem kürzlich geschlossenen Pakt zwischen der Fatah und der Terrororganisation Hamas.

Der „Israelkritiker“ – vermeintlich – liebstes Kind: die Palästinenser

Das sind die Fakten, die die „Israelkritiker“ nicht zur Kenntnis nehmen, weil sie sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Viel lieber betätigen sie sich, so scheint es zumindest, als Anwälte der Palästinenser; sie geben vor, sich um deren Wohlergehen zu sorgen und zu diesem Zweck Israel zu kritisieren. Doch das stimmt nicht, und zwar vornehmlich aus zwei Gründen:

1. Es geht gar nicht um die Palästinenser. Denn während jeder „Israelkritiker“ noch im Schlaf sämtliche israelischen Missetaten der letzten 60 Jahre aufsagen kann, ist ihm das Leid der Palästinenser gleichgültig, wenn es nicht von Israel verursacht wird. Die Tausenden von der jordanischen Armee im so genannten *Schwarzen September* 1970 getöteten Palästinenser beispielsweise sind längst kein Thema mehr. Ebenfalls nie zur Sprache kommt, dass die arabischen Staaten die Palästinenser immer nur als Manövriermasse betrachtet haben. Sie haben sie 1948 aufgefordert, Israel zu verlassen, um freie Bahn für den Krieg gegen den jüdischen Staat zu haben, und ihnen eine triumphale Rückkehr im Anschluss an dessen Zerstörung versprochen. Sie haben sie anschließend absichtlich in Flüchtlingslagern gehalten, statt ihnen die Staatsbürgerschaft des jeweiligen Landes zu verleihen. Doch das interessiert die vermeintlichen Palästinafreunde nicht, wie sie auch die diversen Gemetzel zwischen der Fatah und der Hamas in der Vergangenheit stets kalt ließen. Sobald aber Israel militärisch eingreift, ist das Geschrei groß, noch größer als das geheuchelte Mitleid. Als Opfer der Juden mag man die Palästinenser, aber ansonsten sind sie den „Israelkritikern“ schlichtweg egal.

2. Der Blick der „Israelkritiker“ auf die Palästinenser ist rassistisch. Die Hamas amüsierte sich vermutlich prächtig, läse sie die Stellungnahmen der friedensbewegten „Israelkritiker“, in denen ihr zugebilligt wird, aus „Verzweiflung“ und „Ohnmacht“ zu handeln. In ihrer Charta nehmen die Gotteskrieger Bezug auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ und legen die Vernichtung des jüdischen Staates als Zweck und Ziel fest. Ihre Taten sind dementsprechend

offensiv ausgerichtet, und ihre Exekutoren durchlaufen eine militärische Ausbildung, bevor sie zur Tat schreiten. Wenn die Hamas könnte, wie sie wollte, gäbe es Israel schon längst nicht mehr. Doch statt den Vernichtungswillen dieser vom Iran maßgeblich unterstützten islamischen Judenmörderbande ernst zu nehmen, verharmlosen die „Israelkritiker“ ihn zu einer *Reaktion* auf israelische Maßnahmen. Palästinenser, so scheint es, können einfach nicht Herr ihrer Sinne sein und nicht verantwortlich für ihre Taten gemacht werden. Die „Israelkritiker“ sehen in ihnen keine selbstbewussten Subjekte, sondern nur unzurechnungsfähige Opfer. Was für ein Menschenbild!

Der ideologische Background der „Israelkritik“

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich dem ideologischen Background der „Israelkritik“ auf den Grund gehen und zu diesem Zweck einen Blick auf drei Kategorien von Taktiken und Vorgehensweisen werfen, derer sich die „Israelkritiker“ in aller Regel bedienen.

1. Die „Israelkritik“ als vermeintliche Konsequenz aus der deutschen Vergangenheit – Zu ihren besseren Zeiten hat die deutsche Linke die Parole „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ ganz richtig verstanden. Gemeint war mit diesem Slogan nämlich: „Nie wieder *faschistischer* Krieg!“ Die Legitimität des Krieges *gegen* den Faschismus hingegen wurde nicht in Frage gestellt. Heute jedoch wird der zweiteilige Leitsatz je nach politischer Opportunität in seine eigentlich untrennbaren Bestandteile zerlegt: „Nie wieder Krieg!“ heißt es vor allem immer dann, wenn Amerikaner oder Israelis einen solchen führen. „Nie wieder Faschismus!“ – oder gar „Nie wieder Auschwitz!“ – wird gerufen, wenn man irgendwo vermeintliche Konzentrationslager entdeckt, wie etwa im Kosovo. Und wenn es nach einem nicht eben geringen Teil der Deutschen geht, dann macht Israel ja auch nichts anderes als die Nazis, und der Gazastreifen ist – um es mit jenem etwa 60-jährigen autochthonen Kölner zu sagen, der sich im Januar 2009 am Rande einer antiisraelischen Demonstration mit einem akkurat umgebundenen Deutschland-Schal unters Volk gemischt hatte – der Gazastreifen also ist „ein rischtijes Jetto, ach, wat saach isch, ein einzijes Kazett“. Die Botschaft ist eindeutig, und sie lautet: „Wir“ haben aus der Vergangenheit gelernt, während die Opfer respektive deren Kinder, die es doch aus eigener leidvoller Erfahrung besser wissen müssten, jetzt „unsere“ Methoden anwenden.

Eine solche Sichtweise geht zunächst einmal davon aus, dass Auschwitz so etwas wie eine Besserungsanstalt gewesen sein muss, deren Schüler jedoch im Unterricht leider nicht besonders gut aufgepasst haben. Dass die Konsequenz der Holocaust-Überlebenden und ihrer Nachkommen jedoch eine ganz andere war – nämlich die, den drei Jahre nach Auschwitz gegründeten jüdischen Staat auch bewaffnet gegen den Vernichtungsdrang der Antisemiten zu verteidigen –, das wollen die weitaus meisten Deutschen einfach nicht akzeptieren. Mit seinen Feinden müsse man doch reden, verhandeln und Kompromisse schließen, empfehlen sie. Denn sonst werde immer nur „neuer Hass geschürt“ und letztlich verewigt. Dabei *könnten* die „Israelkritiker“ es besser wissen, aber sie *wollen* es nicht. Sie *könnten* wissen, wozu Verhandlungen mit einem zu allem entschlossenen, antisemitischen Feind führen, denn München 1938 hat es gezeigt. Die Nationalsozialisten und ihre breite Gefolgschaft haben anschließend einen vernichtenden Krieg geführt, und sie sind nicht durch Gespräche gestoppt worden, sondern durch den massiven Einsatz des alliierten Militärs. Das hat den Hass der Deutschen gegen Juden, Amerikaner und Russen zwar nicht zum Verschwinden gebracht. Aber es hat ihn einigermaßen unschädlich gemacht.

Israel war zeit seiner Existenz den Kriegen und Kriegsdrohungen seiner Feinde ausgesetzt. Und der Iran, die Hizbollah, die Hamas, der Islamische Dji had und andere Judenfeinde arbeiten seit Jahren fleißig daran, den jüdischen Staat eines Tages von der Landkarte radieren zu können. Verhandlungen mit dem „zionistischen Feind“ lehnen sie strikt ab; allenfalls ein taktischer und zeitlich begrenzter Waffenstillstand kommt in Frage. Die Geschichte hat gezeigt, dass man die Ankündigungen von Judenfeinden ernst nehmen muss. Und worüber sollte Israel auch mit ihnen verhandeln? Etwa über die Modalitäten des eigenen Untergangs?

Das mit den „Lehren aus der Geschichte“ hat für die deutschen „Israelkritiker“ aber noch eine weitere Bewandnis: Wenn die Juden die neuen Nazis sind und die Palästinenser die neuen Juden – also sozusagen die „Opfer der Opfer“, wie es gelegentlich heißt –, dann war Auschwitz doch nur ein Betriebsunfall und jedenfalls nicht einzigartig. Das ist dann auch der Grund dafür, dass die Deutschen heute gar nicht genug über ihre Vergangenheit reden können: Schließlich ist dieses Reden, das sie „Bewältigung“ nennen, und ist die Trauer um die toten Juden nachgerade die Voraussetzung dafür, um desto härter mit jenen lebenden Juden ins Gericht gehen zu können, die Israel mit Worten und Taten verteidigen. Auf diese Weise lässt sich die deutsche Geschichte weitaus eleganter und effektiver entsorgen als durch die Jahrzehnte lang erhobene Forderung nach einem „Schlussstrich“. Und so mutiert auch das

Holocaust-Mahnmal in Berlin sozusagen zur Stein gewordenen Berechtigung, mit den Juden mal ordentlich Tacheles zu reden: Man ist hierzulande stolz auf das größte Gedenkmonument der Welt – das es ohne den größten Massenmord der Geschichte gar nicht gäbe – und verweist stets darauf, wann immer jemand den Verdacht äußert, die Deutschen könnten sich in Wahrheit doch gar nicht geändert, sondern ihre Ressentiments bloß modernisiert haben.

2. *Die Berufung auf jüdische Kritiker Israels als Kronzeugen der Anklage* – Jeder „Israelkritiker“ kann mindestens eine Handvoll Juden aufbieten, die das sagen, was auch er denkt. Das ist bequem, denn wenn „die“ es selbst aussprechen, kann man sich auf sie berufen und sich so dem Verdacht entziehen, antisemitisch zu argumentieren. Schließlich *können* Juden ja gar keine Antisemiten sein, nicht wahr? Aber warum eigentlich nicht? Es gibt Frauen, die Frauen hassen, es gibt Schwule, die Schwule verachten, und es gibt Migranten, die rassistisch sind – warum um alles in der Welt sollte es dann keine antisemitischen Juden geben? Antisemitismus entsteht ja nicht aus einem genetischen Defekt heraus, sondern es handelt sich um ein Ressentiment.

Die Feststellung, dass es auch *jüdische* Antisemiten gibt, finde ich vornehmlich aus einem Grund wichtig: Die Strategie nichtjüdischer „Israelkritiker“, sich hinter ihnen zu verstecken, ist einfach allzu durchsichtig. Dennoch liegt hier nicht einfach nur ein Problem mit dem so genannten *Sprechort* vor. Diese *Sprechort*-Theorie besagt, dass es etwas anderes ist, ob Juden sich kritisch oder sogar ablehnend gegenüber Israel äußern oder ob Nichtjuden das tun. Jüdische „Israelkritiker“ werden in dieser Sichtweise nur von nichtjüdischen missbraucht. Aber das ist mir schon deshalb zu einfach, weil dieses Herangehen die jüdischen „Israelkritiker“ zu arglosen Opfern macht, die man einfach nur davon überzeugen muss, dass sie die falschen Freunde haben. Wenn ich aber so höre oder lese, was die Kronzeugen der Anklage so von sich geben – von Abraham Melzer und Evelyn Hecht-Galinski über Uri Avnery und Alfred Grosser bis zu Norman Finkelstein und Ilan Pappé –, habe ich nicht den Eindruck, dass sich da naive Menschen äußern. Sie wissen, was sie sagen und wer sich auf sie beruft. Und dafür sind sie verantwortlich zu machen. Alles andere ist Paternalismus.

3. *Das vermeintliche Verbot der „Israelkritik“ oder: die „Antisemitismuskeule“* – „Israelkritiker“ halten sich für mutige Menschen, die *Tabus* brechen, *Denkverbote* trotzen und unter widrigen Umständen die *unbequeme Wahrheit* sagen. Und sie sind sportlich, schließlich müssen sie ständig der „Antisemitismuskeule“ ausweichen, die allenthalben geschwungen wird. Interessant wird es dabei immer dann, wenn man einmal einen

„Israelkritiker“ fragt, *wer* eigentlich behauptet, man dürfe Israel nicht kritisieren, und vor allem: *wer* dieses Verbot überwacht und durchsetzt. Denn diese Instanzen *muss* es ja zwangsläufig geben, sonst hätte es keinen Sinn, überhaupt die Existenz eines Verbotes zu behaupten.

Doch nicht wenige „Israelkritiker“ schauen einen bei dieser Frage erst einmal verständnislos an. Sie halten ihre Behauptung für dermaßen selbstverständlich, dass sie sich wundern, wie man sie überhaupt hinterfragen kann. Etwas kleinlaut kommt dann vielleicht der Zentralrat der Juden in Deutschland ins Spiel, der sich doch ständig zu Wort melde und sich in alles einmische. Oder ganz allgemein „die Politiker“, die Rücksicht sowohl auf den Zentralrat als auch auf Israel zu nehmen gezwungen seien (auch hier müsste man wiederum fragen: gezwungen? Von wem?). Oder die israelische Botschaft. Oder „das Ausland“, das die Deutschen im Grunde genommen immer noch für Nazis halte. Besonders Tollkühne sprechen auch schon mal von einer „zionistischen“ oder gar „jüdischen Lobby“, die Deutschland im Griff habe: seine Medien, seine Politiker, seine Wirtschaft. In jedem Fall muss es sich um ziemlich einflussreiche Einrichtungen handeln, die da ein Verbot der „Israelkritik“ dekretiert haben und es mittels der „Antisemitismuskeule“ auch gewaltsam durchsetzen.

Um der Wahrheit die Ehre zu geben: Natürlich existiert ein solches Verbot nicht. Das vermeintliche Tabu ist vielmehr eines, das die „Israelkritiker“ selbst erfunden haben, damit sie es anschließend umso lustvoller brechen können. Dahinter steht das Raunen über die angebliche Allmacht der Juden, die die Welt kontrollierten, manchmal ganz offen, aber vor allem: im Verborgenen. Den Zentralrat beispielsweise stellt man sich in dieser Logik als einen Verband vor, der überall seine Finger im Spiel hat und dem deutsche Politiker sowie die Medien aus einem schlechten Gewissen heraus geradezu hündisch ergeben sind. Israel hält man für ein waffenstarrendes Land, das zudem über eine gewaltige Lobby in den USA verfügt und darüber deren Außenpolitik dominiert. Nicht selten hört man in diesem Zusammenhang auch den Vorwurf, die Juden im Allgemeinen und Israel im Besonderen instrumentalisierten den Holocaust für ihre sinistren Zwecke, das heißt: Sie missbrauchten ihn zur Legitimierung israelischer Schandtaten. Solche Allmachts- und Verschwörungsfantasien haben mit der Wirklichkeit nichts gemein, sondern verweisen vielmehr auf die Sehnsüchte derjenigen, die sie kolportieren. Das ganze Gerede vom jüdischen Einfluss auf die Politik, von der jüdischen Kontrolle der Medien und von der jüdischen Herrschaft ist eine Projektion von

Antisemiten, die ihre „Israelkritik“ auf diese Weise als Notwehrmaßnahme ausgeben. Ginge es nach ihnen, wäre die Welt längst vom „jüdischen Joch“ befreit.

Statt eines Fazits

Ich fasse also zusammen: Israel kann tun und lassen, was es will – stets wird es nach Ansicht der „Israelkritiker“ und damit großer Teile der Öffentlichkeit für alles Unheil im Nahen Osten verantwortlich gemacht. Als sich die israelische Armee und jüdisch-israelische Siedler noch im Gazastreifen aufhielten, galten sie als Besatzer. Als sie sich 2005 zurückzogen, intensivierten palästinensische Terrorgruppen zum Dank ihren Raketenbeschuss, woraufhin Israel die Grenzkontrollen verschärfte – und sich fortan dem Vorwurf ausgesetzt sah, „das größte Gefängnis der Welt“ errichtet zu haben. Lässt der jüdische Staat den Raketenhagel über sich ergehen, wird er in der arabisch-muslimischen Welt als Schwächling verhöhnt. Reagiert er aber mit Sanktionen oder Gegenschlägen, dann handelt er „unverhältnismäßig“ oder „alttestamentarisch“, befördert die „Gewaltspirale“ oder begeht gar ein „Massaker“. Kurzum: Gleich, was Israel unternimmt, seine Gegner und Feinde sehen darin immer nur weitere Belege für seine abgrundtiefe Bösartigkeit. Dieses Denkmuster ist altvertraut und wohlbekannt; es ist ein antisemitisches. Der Historiker Léon Poliakov befand deshalb einst sehr zu Recht, Israel sei der „Jude unter den Staaten“. Und der gegen Israel gerichtete Antizionismus ist nichts weiter als eine geopolitische Reproduktion des Antisemitismus, der das klassische Bild des geldgeilen, vergeistigten und wehrunfähigen jüdischen Luftmenschen durch jenes des alles niedertrampelnden, auf territoriale Expansion und völkische Homogenität setzenden Israeli ergänzt.

Schließen möchte ich mit jenen Worten des Publizisten Henryk M. Broder, die er Mitte Juni 2008 an den Innenausschuss des Deutschen Bundestages richtete, als dort über den „Kampf gegen den Antisemitismus“ verhandelt wurde. Broder sagte: „Der moderne Antisemit findet den ordinären Antisemitismus schrecklich, bekennt sich aber ganz unbefangen zum Antizionismus, dankbar für die Möglichkeit, seine Ressentiments in einer politisch korrekten Form auszuleben. Denn auch der Antizionismus ist ein Ressentiment, wie der klassische Antisemitismus es war. Der Antizionist hat die gleiche Einstellung zu Israel wie der Antisemit zum Juden. Er stört sich nicht daran, was Israel macht oder unterlässt, sondern daran, dass es Israel gibt. Und deswegen beteiligt er sich so leidenschaftlich an Debatten über eine Lösung

der Palästina-Frage, die für Israel eine Endlösung bedeuten könnte. Antisemitismus und Antizionismus sind zwei Seiten derselben Münze. War der Antisemit davon überzeugt, dass nicht er, der Antisemit, sondern der Jude am Antisemitismus schuld ist, so ist der Antizionist heute davon überzeugt, dass Israel nicht nur für die Leiden der Palästinenser, sondern auch dafür verantwortlich ist, was es selbst erleiden muss. Der moderne Antisemit verehrt Juden, die seit 60 Jahren tot sind, nimmt es aber lebenden Juden übel, wenn sie sich zur Wehr setzen. Der Antisemit nimmt dem Juden prinzipiell *alles* übel, auch das Gegenteil.“